„Sylvesterbrief“ des Reichskanzlers Bülow (31. Dezember 1906)

Kurzbeschreibung

Im Vorfeld der anstehenden Reichstagswahlen spielt Reichskanzler Bernhard von Bülow (1849–1929) die möglichen politischen Koalitionen durch und warnt die „bürgerlichen Parteien“ davor, ein Bündnis mit der Sozialdemokratischen Partei einzugehen. Obwohl die Sozialdemokraten Revolutionsideale fallen gelassen hatten und stattdessen bereit waren, im Rahmen des parlamentarischen Systems auf soziale Gerechtigkeit hinzuwirken, wollten die meisten politischen Führer jeglichen Machtgewinn der Sozialdemokraten verhindern.

Quelle

[…]

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die versäumt worden sind, nachzurechnen. Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer Doktrinarismus, Übertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus erstrebten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortschreitende Überwindung der Manchester-Doktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen. Manches wird noch zu lernen sein: Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeignete liberale Partei hervorgehen und dann den Platz des Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die Nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewußtem Vorgehen im Wahlkampf soviel Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert, und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen zugegeben, daß sie auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortdauernden Aufschwunges erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das trennende Wasser. Die konservativen Parteien und die Nationalliberalen sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und Wehe der Nation, ihre Einheit, ihre Machtstellung handelte, zuverlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das ist ihr Ruhm, den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Befriedigung der großen nationalen Bedürfnisse für den Kolonialbesitz, für Heer und Flotte zunimmt, um so breiter und fester kann die Brücke werden.

Hier bietet sich ein weiteres hochwichtiges Feld gemeinsamer Sorgen und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Überzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie.

Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsträume kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang – alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wildgewordenen Spießbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.

Die Abstimmung vom 13. Dezember[1] war ein Schlag gegen die verbündeten Regierungen und die nationale Würde. Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden, hört die Freundschaft auf. Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will aber erst recht kein Parteiregiment.

Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der konservative.

Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge behalten haben, was sie damals einigte: Der Kampf für Ehr und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum.

Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie eine Warnung für ihren blinden Übermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwickelung und eine Befestigung unserer Stellung nach außen wäre, und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

ANMERKUNGEN

[1] Ablehnung der Regierungsvorlage betreffend die Mittel für den Kampf in Deutsch-Südwestafrika. Information aus: Ernst Rudolf Huber, Hrsg., *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 1961. Band 2, S. 437.

Quelle: Eduard von Liebert, *Aus einem bewegten Leben: Erinnerungen*. München, 1925, S. 180–81.; abgedruckt in Ernst Rudolf Huber, Hrsg., *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. 2 Bände, Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 1961. Band 2, S. 436–38.

Empfohlene Zitation: „Sylvesterbrief“ des Reichskanzlers Bülow (31. Dezember 1906), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/das-wilhelminische-kaiserreich-und-der-erste-weltkrieg-1890-1918/ghdi:document-764> [05.09.2026].